

Der Preis der Freiheit

Zivilklauseln schaden der Zeitenwende

| SÖNKE NEITZEL | CHRISTIAN E. RIECK | **Als der Bundeskanzler am 27. Februar 2022 die Zeitenwende verkündete, rief auch die veröffentlichte Meinung sofort und fast einmütig einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aus. Auch der politische Diskurs hat sich spürbar verändert. Wie und wo positionieren sich die Wissenschaften?**

Die Universitäten haben – von wenigen Beispielen abgesehen – auch im dritten Kriegsjahr den sprichwörtlichen Knall noch nicht gehört und meiden nach wie vor reflexhaft alles Militärische. Diese kulturelle Distanz ist über Jahrzehnte habituell eingeübt und moralisch legitimiert worden. In ihrer radikalsten Form, der Zivilklausel, schadet sie jedoch nicht nur der Wissenschaftsfreiheit, sondern auch dem Verfassungsauftrag der Landesverteidigung.

Weniger als ein Fünftel aller Hochschulen in Deutschland verfügen über eine Zivilklausel, darunter allerdings bedeutende Technische Universitäten wie die in Darmstadt oder Berlin. Auch die RWTH Aachen war über das Hochschulgesetz in Nordrhein-Westfalen einer Zivilklausel verpflichtet, bis die schwarz-gelbe

Landesregierung diese 2019 abschaffte. Nun will die CSU-geführte Landesregierung in Bayern den Hochschulen im Freistaat aktiv Zivilklauseln verbieten und so die militärisch relevante Forschung ankurbeln, nicht zuletzt um den Innovationsstandort zu stärken – ausdrücklich mit einem „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“. Hier werden Zivilklauseln also auch als strukturell innovationshemmend wahrgenommen. Und das nicht ohne Grund: Es gibt deutsche Universitäten, die beispielsweise Projekte zur KI-gestützten Verbesserung der Munitionsherstellung aufgrund der Zivilklausel abgelehnt haben. Andere Wissenschaftsnationen, Partner wie Wettbewerber, verstehen hingegen generell das Verteidigungs- als Innovationspotenzial im nationalen Interesse.

und geopolitisches Instrument ist weder ein Relikt vergangener Epochen, noch findet er ausschließlich an exotischen Orten statt, an denen westliche Staaten – militärisch und moralisch vermeintlich überlegen – intervenieren.

Man mag darüber streiten, ob der für viele westliche Gesellschaften so charakteristische strukturelle Pazifismus in Friedenszeiten eine moralisch überlegene Position sei. Doch heute herrscht in Europa, nur zwei Flugstunden von Berlin entfernt, Krieg. Die Menschen in der Ukraine verteidigen nicht nur ihre eigene Freiheit, sondern in letzter Konsequenz auch die unsere. Schon in dieser mittelbaren Gefährdungslage ist das Pathos des Pazifismus ein Luxus, den sich die Bundesrepublik als Zentralmacht an der Ostflanke des NATO-Bündnisses nicht mehr leisten kann. Er wird aber auch der in den demokratischen Strukturen der Nachkriegsrepublik fest verankerten Bundeswehr nicht gerecht. Sie ist ein Verfassungsorgan, das die Republik vor äußeren Bedrohungen zu schützen hat. Ihr Auftrag ist die Androhung und im Verteidigungsfall die Anwendung militärischer Gewalt. Dazu braucht es mehr als nur abstrakte Zustimmung der Gesellschaft, es braucht aktive Unterstützung – auch an den und von den Hochschulen.

AUTOREN



Foto: Kai Bublitz

Sönke Neitzel ist Inhaber des Lehrstuhls für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam.



Foto: privat

Dr. Christian E. Rieck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam.

Pathos des Pazifismus

Das Verbot von Rüstungskoope­ration in den Zivilklauseln ist nur eine Folge eines weit größeren Phänomens. Die Nachkriegs-, vor allem aber die Nachwendegesellschaft der Bundesrepublik hat sich der kollektiven Illusion hingegeben, Krieg werde schon dann unmöglich, wenn man ihn gesellschaftlich verurteilt und wissenschaftlich beschweige. So ist Militär als Forschungs- oder Lehrgegenstand an deutschen Hochschulen, gemessen an dessen Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik als einer der wichtigsten Exportnationen der Welt, sehr überschaubar. Das gilt für die Militärgeschichte, die Militärsoziologie, die Strategischen Studien oder die Intelligence Studies. Doch der Krieg als außen-

Zeitenwende verstanden als Versicherunglichung

Allerdings wird die Zeitenwende bisher von den Wissenschaftsorganisationen, der Leopoldina, der Hochschulrektorenkonferenz oder dem Deutschen Akademischen Austauschdienst weit überwiegend nur in Bezug auf die internationalen Wissenschaftsbeziehungen sowie auf die kaum zu kontrollierende Dual-Use-Problematik reflektiert. Verstanden wird sie als De-Risking und Friendshoring in der internationalen Wissenschaftskooperati-

on, also als Versichertheitlichung der Wissenschaftsdiplomatie. Eine tiefgehende Reflexion der innen-, verteidigungs- und wissenschaftspolitischen Rolle der Hochschulen in der Zeitenwende findet bislang nicht statt. Auch hat etwa das Bundesforschungsministerium (BMBF) seit Kriegsbeginn keine entsprechende Förderlinie aufgelegt, und das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) hat die Projektforschungsmittel für Forschung und Technologie im Einzelplan 14 von 530 Mio. EUR in 2022 auf 324 Mio. EUR in 2023 auf 200 Mio. EUR für 2024 gesenkt.

Das ist befremdlich, denn die Bedeutung der vom BMVg finanzierten militärischen Forschung an deutschen Hochschulen ist schon jetzt sehr gering – sowohl im Verhältnis zur Bundesförderung anderer Ministerien (weit überwiegend durch das BMBF) als auch zur nationalen Ressortforschung wie der internationalen Verbundforschung im Bündnis. Die militärisch relevante Forschung an deutschen Hochschulen konzentriert sich auf einige wenige Disziplinen, vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften, insbesondere in der Automobilforschung sowie der Luft- und Raumfahrt. Die militärisch relevante Forschung hat seit 1990 massiv an relativer Bedeutung eingebüßt: So fielen die Forschungsausgaben des BMVg, die während des Kalten Kriegs eng dem Wachstumspfad (nicht jedoch der absoluten Höhe) der Förderung des Bundesforschungsministeriums folgten, ab 1993 erst allmählich, ab 1997 dann massiv hinter die entsprechenden Ausgaben von Bundesforschungs- und Bundeswirtschaftsministerium zurück.

Großunternehmen im Verteidigungssektor verfügen über eigene Abteilungen für Forschung und Entwicklung, haben aber große Schwierigkeiten, mit den Universitäten zusammenzuarbeiten. Kleine und mittlere Unternehmen kooperieren in der Verteidigungsforschung zwar intensiv mit den relevanten Fraunhofer-Instituten, doch auch bei der Fraunhofer-Gesellschaft liegt der Anteil der unmittelbar militärischen Forschung (142 Mio. EUR) am gesamten Finanzvolumen von knapp 3 Mrd. EUR bei gerade knapp fünf Prozent (2022). All das hemmt den Technologie- und Innovationsstandort Deutschland insgesamt.

Die Zeitenwende kann aber nicht an Politik und Wirtschaft delegiert werden, sondern braucht auch neue gesellschaftliche Grundlagen. Hier kommen



Foto: mauritius images / Stock Trek

»Doch auch die deutsche Demokratie braucht einsatz- und durchhaltetfähige Streitkräfte.«

die Hochschulen ins Spiel, die ein zentraler Ort der gesellschaftlichen Debatte sind und die sich gerade in diesen Zeiten verstärkt dem Militärischen zuwenden sollten. Nötig wären dazu auch mehr Sicherheitspolitik und Militärgeschichte an den Universitäten, mehr Offenheit für Kooperationen mit militärischen Akteuren in der Lehre, aber auch in der Forschung sowie mehr Kooperationen

mit der Rüstungsindustrie. Die Entscheidung über die Zusammenarbeit mit dem Verteidigungssektor, ob staatlich oder privatwirtschaftlich, muss den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern selbst überlassen bleiben. Im Interesse der Selbstverwaltung und Subsidiarität in der Forschungslandschaft müsste die Kompetenz für eine Beurteilung von Projekten dort angesiedelt sein, wo das Wissen um die potenziellen militärischen Folgewirkungen am größten ist, also auf der Ebene der Institute. Das entlastet Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht von ihrer individuellen Verant-

wortung, schützte sie aber vor politischer Einflussnahme.

Kritischer Diskurs

Für viele in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft klingt das Ministerwort von der Kriegstauglichkeit noch immer fremd: Doch auch die deutsche Demokratie braucht einsatz- und durchhaltetfähige Streitkräfte. Nötig dafür ist eine

starke rüstungsindustrielle Basis, die wiederum auf einer exzellenten militärischen Forschung basiert. Und die sollte eingebettet sein in einen durchaus kritischen Diskurs um Militär und Krieg. Der sollte

allerdings auf Wissen basieren. Daran hapert es in Deutschland erheblich, was auch an der Schwäche der Geistes- und Sozialwissenschaften auf diesem Gebiet liegt. Wenn es eine Lektion aus dem Kalten Krieg gibt, dann doch die: Die Zeitenwende muss von der Abschreckung, die Abschreckung von der militärischen Kampfkraft und der gesellschaftlichen Resilienz her gedacht und umgesetzt werden. Ohne ein hochschulpolitisches Umdenken wird die vielbeschworene Zeitenwende kaum verstetigt werden können. Das wäre ein vertretbarer Preis für die Verteidigung der Freiheit.